Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 228. Abendblatt. Sonnabend, den 16. Mai 1868.

Deutschland.

Berlin, 16. Mai. Se. Maj. der König fuhr gestern Morgens in Begleitung des Flügeladjutanten Majors Prinzen Anton Radziwill nach dem Tempelhofer Felde, stieg um 9 Uhr am Kreuzberge zu Pferde und besichtigte dann an der Seite des Kronprinzen, den Prinzen Karl, Albrecht und Alexander, des Prinzen August von Würtemberg, dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und umgeben von der Generalität, den fremdherrlichen Offizieren 2c. das Kaiser Alexander- und das Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiment. Nach Beendigung der Exerzitien, die unter dem Kommando der Regiments-Kommandeure Obersten Knapp v. Knappstedt und v. Medem ausgeführt wurden, kehrt der König zur Stadt und ins Palais zurück, empfing den Ober-Jägermeister Grafen v. d. Asseburg und den Besuch des aus England zurückgekehrten Prinz-Admirals Adalbert und nahm die Vorträge des Geh. Kabinetsrathes v. Mühler und des Hausministers v. Schleinitz entgegen. Hierauf saß der König im Palais dem Hof-Photographen Jamrath zu einigen Aufnahmen, begrüßte dann die aus Ludwigslust hier eingetroffene Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und speiste dann um 5 Uhr bei der Königin-Wittwe in Charlottenburg. Heute Vormittags wird der König auf dem Tempelhofer Felde das II. und IV. Garde-Regiment besichtigen.

— Das deutsche Publikum wird gut thun, die politischen Grundsätze des Mannes ins Auge zu fassen, der für den wahrscheinlichen Fall der Absetzung Johnsons sein Nachfolger wird. Der Senatspräsident Mr. Wade ist ebenso wie Mr. Thaddäus Stevens und andere extreme Republikaner dafür, die Zinsen der öffentlichen Schuld in Papier zu bezahlen. Ein Einfluß auf diese Frage — schamloserweise ist es schon eine Frage geworden — würde nicht gering sein, selbst wenn der gegenwärtige Finanzminister Mr. Mac-Culloch, der sich zu allgemeiner anerkannten Grundsätzen hinsichtlich des Mein und Dein bekennt, nach Absetzung seines Chefs im Amte bliebe. Aber es wird erwartet, daß einige, wenn nicht der größere Theil der Minister Johnsons, mit ihm abgehen werden.

— Vor einiger Zeit verlautete, daß der König von Hannover die Absicht habe, in Costarica eine welfische Dynastie zu gründen. Diese damals mit Reserve aufgenommene Nachricht findet gewissermaßen ihre Bestätigung im „Journal de Paris", welches meldet, daß der Exkönig mit der Regierung von Costarica in Unterhandlung getreten ist, um in diesem Theile Central-Amerika's eine Kolonie von Hannoveranern zu gründen.

— Baden hat sich mit der Bitte an die preußische Militärbehörde gewendet, auch einige badische Regimenter in Mainz garnisoniren zu lassen. Es geschieht dies, um die Truppen schneller und vollständiger nach dem preußischen Reglement auszubilden.

— Der König hat bestimmt, daß Schiffsjungen, welche in den zwei ersten Jahren ihrer Dienstzeit in Ausübung ihres Dienstes unbrauchbar geworden sind, laufende Unterstützungen aus dem Unterstützungsfonds des Marineministeriums erhalten können. Dabei ist nun noch besonders zu bemerken, daß denjenigen Mannschaften, welche aus dem Schiffsjungen-Institut hervorgegangen sind, die versorgungsberechtigende Dienstzeit von dem Zeitpunkte ihrer Vereidigung ab, und bei einer in Folge des Dienstes eintretenden Invalidität vom Zeitpunkte der ersten Einschiffung ab gerechnet werden soll, und zwar ohne Rücksicht auf das Alter.

— (B. B. Z.) Von der hiesigen demokratischen Gesellschaft waren auf Donnerstag Abend in den Saal des neuen Konzerthauses, Leipzigerstraße 48, die der schwäbischen Volkspartei angehörigen Mitglieder des Zollparlamentes eingeladen worden, ihren politischen Standpunkt, zu dessen Erörterung sie im Zollparlament keine Gelegenheit gefunden, dasselbe auch nicht kompetent erachteten, vor einem größeren Berliner Publikum darzulegen und dadurch den ersten Schritt zu thun zur Anbahnung einer Verständigung der Demokratie diesseits und jenseits des Maines. Die Zahl der Anwesenden, die wir auf 1500—2000 schätzten, füllte den geräumigen Saal vollständig, von Abgeordneten des Zollparlaments bemerkten wir namentlich die Abgeordneten Oesterlen (Würtemberg), Freisleben (Würtemberg), Erath (Würtemberg), Kolb (Baiern). Bebel und Liebknecht aus Sachsen, Dr. v. Schweitzer. Der Buchhändler Alexander Jonas, welcher die Versammlung eröffnete und den Zweck derselben auseinandersetzte, wurde durch Akklamation zum Vorsitzenden derselben erwählt, worauf zunächst von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall begrüßt, der Abgeordnete Oesterlen das Wort nahm. Mit einem Gefühle der Furcht, begann derselbe, seien die würtembergischen Abgeordneten nach Berlin gekommen. Denn gerade den Abgeordneten aus Würtemberg hätten die national-liberalen Blätter, namentlich das Aprilheft der preußischen Jahrbücher angekündigt, daß man streng mit ihnen in's Gericht gehen würde. Und so habe denn auch der Abgeordnete Braun im Zollparlamente das Gericht begonnen. Aber Redner wolle das Gefühl der Anwesenden entscheiden lassen, ob der Abgeordnete Braun die Schwaben oder die Schwaben den Abgeordneten Braun zum Gabelfrühstück verzehrt hätten. Man werfe den Würtembergern Preußenfeindlichkeit vor, keine Beschuldigung sei ungerechter. Die Würtemberger seien aber Anhänger der Richtung, welche die Einheit Deutschlands auf föderativer, freiheitlicher Grundlage erstrebe und die Selbstständigkeit der einzelnen Stämme auch nur in diesem Maße beschränken wollte, entgegengesetzt jener anderen politischen Richtung, deren Ziel das Aufgehen Deutschlands in die Staatseinheit Preußens, Anfangs — in dem Nationalverein — vermittelst moralischer Eroberungen, jetzt seit der Aera Bismarck durch Blut und Eisen sei. Wenn das treue Festhalten an den alten Prinzipien ein Fehler sei, dann seien allerdings die gegen die Schwaben erhobenen Vorwürfe ungerecht; aber die Schwaben könnten nun einmal nicht anders. „Rufen Sie uns", schloß Redner, „zu einem in der Freiheit und durch die Freiheit geeinigten Deutschland, so werden wir Ihnen bereitwillig entgegenkommen; kommen Sie dagegen unter anderen als diesen heiligen Auspicien, dann müssen Sie uns holen!" — Der bairische Abgeordnete Kolb wandte sich darauf gegen die Beschuldigung, daß sich die bairischen Demokraten mit den Ultramontanen verbündet, erklärte dieselbe für unbegründet, und erging sich gleichfalls über die Stellung des Südens zum Nordbunde, die nicht eher eine andere werden könne, als sie jetzt sei, bis der Nordbund sich von dem jetzigen Militarismus, Absolutismus und Cäsarismus frei gemacht habe. Abgeordneter Freisleben vertheidigt die Würtemberger gleichfalls gegen den Vorwurf eines Bündnisses mit den Ultramontanen, sucht die Taktik der schwäbischen Volkspartei im Zollparlamente zu rechtfertigen und betont, daß dieselbe für jetzt im strikten Festhalten an den bestehenden Verträgen ihre Operationsbasis sehen müsse. — Ein Dr. Kastan suchte unter großer Unruhe und vielfachem Widerspruche der Versammlung die Haltung der Fortschrittspartei zu rechtfertigen. Das süddeutsche Programm habe nur dann einen Sinn, wenn man die Republik wolle; das solle man aber dann offen erklären. Hierauf sprachen noch die Herren Bebel, Jonas, Liebknecht und Lippert. Letzterer, ein früherer Schleswig-Holsteiner, Angehöriger des an Oldenburg abgetretenen Gebietstheiles, beklagt sich über den „fortwährenden Menschenschacher" und klagt auch den Abgeordneten Waldeck desselben an. Dr. Max Hirsch protestirt dagegen, daß der Vorsitzende einen Abwesenden in dieser Weise verdächtigen lasse, doch lehnt Herr Jonas die Verantwortlichkeit für die Auslassungen der Redner ab. Nachdem zum Schluß das Comité, das die Versammlung einberufen, beauftragt worden, ein Programm zu entwerfen, auf Grund dessen eine Vereinigung süddeutscher und norddeutscher Demokraten erfolgen könne, und dasselbe einer demnächst zu berufenden Versammlung zur Beschlußnahme vorzulegen, wird die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen. Dieselbe zeichnete sich durch beifällige Aufnahme aller auf die Herabsetzung Preußens gemünzter Aeußerungen aus, und die süddeutschen Partikularisten, welchen man einen angenehmen Abend bereiten wollte, werden doch im Stillen den Kopf schütteln über die Vögel, welche so ostensibel das eigene Nest beschmutzen.

— (Zollparlament.) 12. Sitzung. (Schluß.) Abg. Weber (gegen die Vorlage): Der Gesetzentwurf erhöhe den Schutzzoll, statt denselben zu erniedrigen. (Die Redner erschweren durch das Sprechen von der Tribüne ungemein das Verständniß. Was den Hinweis auf die Zukunft anlange, so werde der Bund nicht in Verlegenheit kommen, auch wenn die Vorlage abgelehnt werde. Später werde der Bund überhaupt weniger Geld gebrauchen, als bisher. Die Zeit werde kommen, in welcher die Militärausgaben eingeschränkt werden, wenn erst der Wunsch des ganzen Volkes in Erfüllung gehe und Nord und Süd zu einem Staatsganzen verbunden werden. Zu der vorliegenden Steuer sei kein Bedürfniß vorhanden. Die Produktionssteuer werde vorzugsweise den kleinen Mann treffen, welcher jetzt den Tabacksbau betreibe. Redner kommt zum Schlusse auf die Bedeutung des Zollparlaments und greift auf die Adreßdebatte zurück. Was auf nationalem Gebiete noch nicht erreicht sei, müsse auf materiellem erreicht werden. Das gehe aber nicht mit dieser verhaßten Steuer. — Abg. Fabricius (für die Vorlage): Redner motivirt die von ihm gestellten Anträge. — Abg. Metz (gegen die Vorlage): Dem Vertrage vom 8. Juli v. J. entspreche die Vorlage nicht, weder dem Wortlaut noch dem Geiste nach. Nur der gewonnene Taback dürfe besteuert werden. Der §. 6 der Vorlage, in welchem von Mißwachs die Rede, sei zu enge gefaßt. Eine solche Steuer ohne Rücksicht auf die Qualität belaste vorzugsweise den mittellosen Mann. Die Steuer sei unter den gegenwärtigen Umständen unklug, weil sie vorzugsweise nur einen Theil Deutschlands treffe, der ohnehin schon seine Kräfte stark anstrengen müsse. Durch Annahme der Vorlage werde ein moralischer Nachtheil erreicht, welcher durch Millionen nicht aufzuwiegen sei. Und hier handle es sich um einige Hunderttausende. Der pekuniäre Punkt müsse zurücktreten vor der Erwägung, daß es sich hier um das Wohl und Wehe zahlreicher Familien handle. Im Interesse der Einigung des Vaterlandes müsse der Entwurf abgelehnt werden. — Abgeordneter Wedemeyer (für die Vorlage): Mit der Vorlage sei der Weg zu einem rationellen Steuersystem betreten, weshalb er dieselbe mit Genugthuung begrüße. Es handle sich um Besteuerung eines Artikels, welcher weiter Nichts sei als Luxus, eine schädliche Angewohnheit. (Heiterkeit.) Die Furcht im Süden vor dieser Steuer entspringe nur der Unkenntniß der nordischen Verhältnisse. Der Süden werde entschieden durch das Gesetz bevorzugt, da dort die bessere Qualität erzielt werde, das Gesetz aber bezüglich der Qualität keinen Unterschied ziehe. Politisch sei es verständig, die Gelegenheit wahrzunehmen zur Besteuerung eines Luxusartikels und alsdann Erleichterungen zu verlangen bezüglich anderer Objekte, etwa des Salzes und des Eisens. — Abg. Twesten (gegen die Vorlage): Wenn der Vorredner mit der Bewilligung der Steuererhöhung den Zweck verfolgt, in andern Punkten eine Erleichterung zu erzielen, so möchte ich ihm doch den Rath geben, sich diese Erleichterungen vorher gewähren zu lassen. Es ist dies viel sicherer, denn dann haben wir die Entscheidung in der Hand, während uns im anderen Falle wahrscheinlich das Nachsehen bleibt. Wir können eine Steuererhöhung gegen eine Erleichterung nur Zug um Zug austauschen. Es wird uns hier die Forderung einer erheblichen Mehrbelastung vorgelegt, und man hätte danach den Nachweis des unabweislichen Bedürfnisses erwarten müssen, ich habe aber in den Motiven des Gesetzes Nichts davon gefunden. Ich will keineswegs einer Tabackssteuer überhaupt entgegentreten, gegen eine Kompensation durch eine entsprechende Erleichterung werde ich mich gern mit derselben befreunden, obwohl ich auch hier den Aufschlag in der Höhe der Vorlage für bedenklich erachte. Mein Amendement empfiehlt deshalb eine Besteuerung von 6 Rthlr. pro Morgen, denn darin stimme ich mit dem Herrn Vorredner überein, daß ein Boden, der diesen Satz nicht ertragen kann, dem Tabacksbau besser entzogen bleibt. Die Mehrbelastung, die bei einer solchen Besteuerung dem Süden auferlegt würde, ist so gering, daß er dieselbe sehr wohl ertragen könnte. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung verlangt eine Reform; der Zollvereinsvertrag verlangt, daß die Staaten, welche bisher die Tabacksbesteuerung nicht kennen, derselben unterworfen werden und die Vertragstreue der süddeutschen Abgeordneten wird ihnen nicht gestatten, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Jedenfalls lassen Sie uns nicht auseinandergehen mit dem Beschluß einer Mehrbelastung, ohne eine derselben entsprechende Erleichterung geschaffen zu haben.

Bundeskommissar Dr. Michaelis konstatirt, daß fast sämmtliche Redner sich auf den Boden des vorliegenden Gesetzes gestellt haben durch die Anerkennung der Nothwendigkeit gleichmäßiger Besteuerung, der Beseitigung des Klassensystems und Herabsetzung des Schutzzolls. Er könne hier auf das Gebiet des Budgets des norddeutschen Bundes und Preußens nicht näher eingehen, darauf aber müsse er hinweisen, daß die Erträge mit dem Wachsen der Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten haben. Redner weist in einer großen Reihe von Zahlen nach, daß für den norddeutschen Bund in nächster Zeit erhebliche Minder-Einnahmen zu erwarten seien; dasselbe sei in Preußen der Fall, wo zwar der gegenwärtige Etat noch balancire, jedoch im Jahre 1869 eine Mehreinnahme von über 5 Millionen erfordern werde. Der Vorredner habe für die Mehrbelastung entsprechende Erleichterungen verlangt; dieselben seien bereits seit dem Jahre 1865 von der Regierung freiwillig gewährt worden, und es handelte sich nur darum, jetzt den dadurch entstandenen Ausfall zu decken. Wenn man allerdings den Austausch Zug um Zug verlange, dann werde man jene Erleichterungen nicht als Aequivalent anerkennen, auf eine solche Basis werde sich aber eine so hoch stehende Versammlung nicht stellen wolle, er hoffe vielmehr, daß man die Fortentwicklung der historischen Aufgabe einer durchgreifenden Tarifreform nicht aus dem Auge verlieren werde. Die Höhe der bisherigen Abgabe für Taback weise endlich von selbst auf eine Reform hin, da derselbe von allen Artikeln der entbehrlicheren Genüsse am niedrigsten besteuert sei. In dem jetzigen Steuersatze liege für jeden Deutschen gewissermaßen die Aufforderung, sein Geld lieber in Taback als in Reis, Zucker, Kaffee u. dergl. zu konsumiren. Selbst die durch eine erhöhte Besteuerung herbeigeführte Beschränkung des Rauchens könne nicht gegen die Erhöhung sprechen, denn es sei besser, daß das Geld für Gegenstände, die der gesammten Familie zu Gute kämen, verausgabt würde, also für einen Artikel, der nur von dem erwachsenen Theile der männlichen Bevölkerung konsumirt würde, und wohl eine Anregung, aber nie die Befriedigung eines Genusses gewähre. (Bravo rechts.) — Abg. v. Schlör (baierischer Handelsminister, für die Vorlage): Seit mehr als 20 Jahren ist die Tabackssteuer ventilirt, aber nie zu einem Abschluß gebracht worden. Daß der Taback ein gutes Steuerobjekt ist, darüber ist man im Allgemeinen einig, und ich würde es daher beklagen, wenn die gegenwärtige Vorlage ohne Resultat bliebe, wenn ich auch nur im Prinzip derselben geneigt bin. In einem Gemeinwesen, welches das nothwendigste Lebensbedürfniß, das Salz, mit 2 Rthlr. pro Centner besteuert, ist gewiß auch die Besteuerung des Tabacks eine gerechtfertigte. Es kommt darauf an, in welcher Weise dieselbe eintreten soll. Die Motive thun auf die schlagendste Weise dar, daß es am Besten sei, auf dem Wege zu bleiben, der sich in Preußen seit vielen Jahren praktisch beweist. Die Vorlage wird zwar immerhin nicht angenehm berühren, aber bald wird ein großer Theil der Befürchtungen schwinden und gerade hier wird sich der Weg zeigen, das Steuerobjekt des Tabacks allmählich einer höheren Besteuerung zuzuführen.

Abg. Bebel: Man hat uns früher immer gerechtere Ausgleichung und Verminderung der Steuerlasten versprochen. Die Ausgleichung ist jetzt erzielt, es sind alle gleich hoch besteuert, aber von einer Verminderung der Last ist keine Rede, selbst bei der preußischen Bevölkerung nicht. Jetzt, wo wir zum ersten Male hier den Süddeutschen begegnen, bringt man ihnen als Morgengabe eine neue Belastung. Ich bin nun schon prinzipiell gegen jede Mehrbelastung des Volkes, noch mehr aber gegen die indirekte Steuer, die gerade die niedrigsten Klassen ganz unverhältnißmäßig trifft. Der Konsum des Tabacks wird in Folge dessen bedeutend eingeschränkt werden. Nimmt aber der Konsum ab, so wird ein großer Theil der Bevölkerung in seinem Verdienste beschränkt, und das ist doch ein Schritt, den man sich überlegen soll. In Sachsen leben nicht weniger als 11,000 Familien von Tabacksfabrikation, deren Brod man dadurch in Frage stellt. — Redner empfiehlt statt der Erhöhung der Steuer lieber Verminderung der Ausgaben und erinnert schließlich daran, daß der Bundes-Kommissar Dr. Michaelis, als er noch nicht Bundes-Kommissar gewesen, auf dem Kongreß zu Hamburg ganz anders über die Tabackssteuer gesprochen habe. — Abg. Dr. v. Schleiden (die Hitze im Saale ist eine so unerträgliche und in Folge davon das Haus so unruhig, daß Redner total unverständlich bleibt). — Ruf nach Vertagung wirft der Präsident mit dem Bemerken zurück, daß Anträge auf Vertagung schriftlich eingebracht werden müssen. — Abg. Krämer (Doos): Gerade der Modus der Besteuerung, wie die Vorlage ihn einführt, ist der allergeeignetste; die kleinen Leute werden in Folge dessen die Steuer als eine neue Grundsteuer ansehen. So wird diese Tabackssteuer einem Verbote der kleinen Tabacksbauerei gleichkommen. Die Ausfälle die man durch diese Steuer ersetzen will, werden gewiß in allernächster Zeit zu einem Minimum herabsinken, die Steuer dann also entbehrlich sein. Ich werde dagegen stimmen. — Der Präsident theilt mit, daß inzwischen 4 Schluß-Anträge und 2 Vertagungs-Anträge schriftlich eingegangen sind. Der Schluß der Generaldebatte wird angenommen. — Es folgt eine persönliche Bemerkung des Bundes-Kommissar Dr. Michaelis gegen die Insinuation der Abgg. Bebel und Schleiden, als habe er sich auf dem Kongreß in Hamburg anders ausgesprochen als jetzt. Damals handelte es sich um eine 10-Thaler-Steuer und um eine Fabrikats-Steuer; dagegen war ich, ich erklärte aber zu gleicher Zeit den Tabak für ein gutes Steuerobjekt. Dies ist auch mein heutiger Standpunkt.

Schluß der Sitzung: 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. T.-O.: Spezialdebatte über die Tabaksteuer.

Frankfurt a. M., 15. Mai. Dem „Frankfurter Journal" zufolge wird der Herzog von Nassau sich demnächst auf einige Wochen nach Wien begeben und auf der Reise dorthin dem Dresdener Hof einen kurzen Besuch abstatten.

Bremen, 15. Mai. Der bisherige hanseatische Geschäftsträger in Washington, Dr. Johannes Rösing, ist zum General-Konsul des norddeutschen Bundes in Newyork ernannt.

Dresden, 15. Mai. Durch Königliches Dekret werden die Sitzungen des Landtages bis zum 28. Mai verlängert. Die erste Kammer hat die Berathung der Eisenbahnvorlagen begonnen. Drei Bahnlinien durch die südliche Lausitz wurden als Staatsbahnen genehmigt. Für die Linie Chemnitz-Leipzig wurde der Antrag der Deputation, lautend auf Ablehnung als Staatsbahn mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen.

Ausland.

Wien, 14. Mai. Einige hiesige Blätter sprechen sich zwar mit großem moralischen Unwillen über den „nackten Bankerott" aus, für den sich der Budgetausschuß erklärt habe. Nichts aber drückte in der Haltung des Ausschusses etwas dem, was man ein böses Gewissen nennen könnte, Aehnliches aus. Man sprach über die Einschnitte, die man in das Fleisch der Staatsgläubiger machen wollte, mit der Kälte, mit der man sich über eine anatomische Frage unterhält. Alle Parteien betrachten es als etwas sich von selbst Verstehendes, daß die Gläubiger für das Unglück der letzten Jahre und dann auch für die finanziellen Folgen des Ausgleichs mit Ungarn büßen müssen. Ein Theil der Ausschußmitglieder, namentlich die Polen, denen einige Oberösterreicher am nächsten standen, würde es am liebsten sehen, wenn das ganze Defizit durch Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld gedeckt würde. Die Gemäßigteren wünschten durch diese Operation wenigstens die Mehrbelastung beseitigt zu sehen, die der Ausgleich mit Ungarn dem diesseitigen Oesterreich aufgeladen hat. Die Minister weichen von diesem radikalen Heilkünstlern nur insofern ab, als sie einen mäßigen und besonnenen Bankerott wollen. Die Anträge in der vorgestrigen Sitzung des Ausschusses folgten einander wie die Angebote bei einer Auktion; in dem Ausgleich, den die Mitglieder des Ausschusses den Gläubigern boten, kamen diese so wenig in Betracht, wie das diesseitige Oesterreich im Ausgleich mit Ungarn. Man wollte ihnen auch eine Zwangslage bereiten, gegen die kein Widerstreben mehr möglich ist. In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses bemerkte der Minister Brestl gegen die Herabsetzung der Zinsen um 25 Prozent (mit Einschluß der Einkommensteuer) nur, daß er die Ziffer für zu hoch gegriffen halte und die Regierung sich vorbehalte, ihren Antrag bei der Berathung in dem Hause zur Geltung zu bringen. Die Aufregung, mit der man vorgestern Abend auseinanderging, hat sich also bereits bedeutend gelegt.

Wien, 15. Mai. Das Abgeordnetenhaus hat ein Gesetz angenommen, wodurch mehrere Bestimmungen des Preßgesetzes, besonders hinsichtlich der Verantwortlichkeit des Redakteurs und des objektiven Strafverfahrens abgeändert werden.

— Das Abgeordnetenhaus hat dem mit den deutschen Zollvereinsstaaten abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrag nach nochmaliger Befürwortung des Handelsministers seine Genehmigung ertheilt.

Haag, 15. Mai. Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung den von 5 Mitgliedern gestellten Antrag, eine Adresse dem Könige zu überreichen, mit 18 gegen 16 Stimmen verworfen. Mehrere Mitglieder, welche gegen den Antrag stimmten, haben

sich dennoch ausdrücklich gegen eine neue Auflösung der Kammer ausgesprochen.

Brüssel, 15. Mai. Durch Königliches Dekret werden die Wähler von 5 Provinzen zum 9. Juni einberufen, um die verfassungsmäßig vorgesehene Neuwahl der Hälfte der Abgeordneten zur Deputirtenkammer vorzunehmen.

— In der Repräsentantenkammer kam das Fremdengesetz zur Verhandlung. Der Justizminister rechtfertigte die politischen Ausweisungen; Rogeard erklärte, daß die Regierung die Versammlung, welche der internationale Arbeiterverein im Monat September in Brüssel abhalten wolle, untersagen werde.

— Nach einer lebhaften Diskussion beschloß die Kammer mit 75 Stimmen gegen 15 das Fremdengesetz ohne Modifikationen auf weitere drei Jahre in Kraft bestehen zu lassen.

Paris, 13. Mai. Die „Liberté" persiflirt in einem humoristischen Artikel die Taktik der Schutzzöllner, alles Elend in Frankreich, das allerdings gegenwärtig groß und weit verbreitet ist, dem Handelsvertrage mit England aufzubürden. „Vor vierzehn Tagen, sagt sie, ward in Mühlhausen eine Spinnerei von 45,000 Spindeln ein Raub der Flammen. Wenn man die Jeremiaden der Protektionisten hört, wie sie dem Freihandel Alles in die Schuhe schieben, Theuerung und Arbeitsstockung, wie sie ihm alle Verlegenheiten der Fabrikanten und alle Entbehrungen der Arbeiter aufbürden, wie sie behaupten, daß im Norddepartement 215,000 Spindeln still stehen, im Elsaß 300,000 nur mühsam gehen u. s. w., wenn man diese Beschuldigungen vernimmt, so muß man sich wirklich wundern, warum die Schutzzöllner nicht konsequent auch das Unglück in Mühlhausen benutzen, um auszurufen: „Es ist nicht das Feuer, was die Zerstörung dieser Spinnerei herbeiführte, nein, der Handelsvertrag hat die Spinnerei verzehrt!" Die Herren, welche so redeten, würden das Maß der Anlagen, das sie auf die Tribüne brachten, nicht merklich übersteigen. Gewiß ist die jetzige Krisis nur zu ernst, aber sie ist nicht blos auf Frankreich beschränkt und keine speziell französische; fast ganz Europa befindet sich in Mitleidenschaft." Und was die Hauptsache ist: sowohl in Belgien (wie die Unruhen in Charleroi bezeugen) als in England, also Freihandelsländern, wie in den Vereinigten Staaten, also unter dem Schutzsystem, herrscht augenblicklich nicht minder Flauheit und Stockung, wie in Frankreich. Uebrigens ist es heute schon so gut wie gewiß, daß die Kammer zur einfachen Tages-Ordnung übergehen wird.

Paris, 15. Mai. „Etendard" meldet, daß nach Privatdepeschen aus Tunis vom 13. d. der französische Konsul daselbst der tunesischen Regierung ein Ultimatum überreicht hat.

— Die polnische Nachricht, daß General Fleury, der Adjutant, Stallmeister und langjährige Vertraute des Kaisers Napoleon, mit einer politischen Mission nach England gegangen ist, wird von dort aus bestätigt. Er hat bei Lord Stanley und dem Herzog von Cambridge Audienz gehabt und es für gut gefunden, seinen Aufenthalt zu verlängern. Vermuthlich hält ihn die schwankende Lage des Kabinets noch da. Daß er etwas erreichen wird, ist so unwahrscheinlich als es war.

Marseille, 15. Mai. Nach Berichten aus Rio de Janeiro vom 15. April in Silveira de Souza zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Genua, 15. Mai. Die Königlichen Prinzen sind hier eingetroffen und enthusiastisch empfangen worden.

Rom, 15. Mai. Der Kardinal Andrea ist hier letzte Nacht plötzlich gestorben.

Rom, 6. Mai. Die „A. A. Z." schreibt: „Schon vielfach war in in- wie in ausländischen Blättern von Geschenken die Rede, welche der h. Vater der Prinzessin Margherita gelegentlich ihrer Vermählung mit dem Kronprinzen Humbert gemacht habe. Einige gingen sogar auf eine detaillirte Beschreibung dieser Geschenke ein, nach welcher dieselben aus einem kostbaren Armbande und einem reich eingebundenen Gebetbuche beständen, auf dessen erste Seite Se. Heiligkeit eigenhändig einige Widmungs- und Erinnerungszeilen geschrieben habe. Die heutige „Unita cattolica" sieht sich nun, auf eine Anfrage in Rom hin, zu der Erklärung berechtigt, daß diese Behauptungen rein erlogen sind. „Der heil. Vater hat keinerlei Geschenk gesandt. Uebrigens genügt es einem Nichtblinden, auf den gegenwärtigen Stand der Dinge hinzuschauen, um einzusehen, daß keinerlei Schicklichkeitsgrund für den Papst vorlag, welcher die Ueberreichung irgend eines Geschenks verlangt hätte; wohl aber viele Gründe vorhanden waren, die von einer solchen abriethen."

London, 15. Mai. Achtundvierzig der angesehensten Firmen der City haben dem österreichischen Botschafter, Grafen Apponyi, ein Gesuch gegen die Besteuerung der in Händen auswärtiger Besitzer befindlichen Coupons überreicht. „Times" bemerkt bei Besprechung dieser Angelegenheit: Wenn einem solchen Gesuche nicht Folge gegeben werde, so stehe zu erwarten, daß die Londoner Börse und andere Börsen des Festlandes fernere österreichische Anleihen von der Notirung ausschließen würden.

— Bei dem letzten Drawing Room trat die Königin, welche dem Premier vorher eine Audienz gegeben hatte, etwas nach 3 Uhr in den Thronsaal, begleitet von dem Prinzen von Wales, Prinzen und Prinzessin Christian, den Prinzessinnen Louise und Beatrice, dem Herzog von Cambridge, dem Prinzen von Leiningen, dem Prinzen Eduard von Sachsen-Weimar und dem Prinzen Teck. Ueber 300 Vorstellungen fanden statt, von denen folgende zu erwähnen sind: durch die Gräfin Bernstorff: die Prinzessin Olga Troubetzkoi (geborene Baronin von Meyendorff), Gemahlin des Prinzen Troubetzkoi, Attaché à l'ambassade Imperiale, und die Baronin Elisabeth von Meyendorff, Ehrenfräulein der Kaiserin von Rußland; durch den französischen Botschafter: der Marquis de Caux, Stallmeister des Kaisers Napoleon (und angeblicher Verlobter der Mlle. Patti); durch die Herzogin von Marlborough: Madame Blest Gana, Gemahlin des hiesigen chilenischen Gesandten und die Baronin de Cetto, Gemahlin des früheren bairischen Gesandten am hiesigen Hofe; durch den Minister des Innern: Mr. Peabody aus den Vereinigten Staaten (der bekannte Philanthrop). — In dem diplomatischen Cirkel, in welchem man unter Anderem auch den türkischen Botschafter, sowie die vor wenigen Tagen aus Rom zurückgekehrte Gräfin Apponyi, Gemahlin des österreichischen Botschafters, bemerkt, fehlen die Baronin von Brunnow, Gemahlin des russischen Gesandten, die noch immer das Krankenzimmer hütet; ferner der Gesandte der Vereinigten Staaten, Mr. Adams, der Gesandte von Schweden und Norwegen nebst der Baronin Hochschild, welche „durch unvermeidliche Umstände" abgehalten wurde.

London, 15. Mai. Unterhaus. Armstrong zeigte an, daß er am nächsten Freitage ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium beantragen und darin erklären werde, daß sich dasselbe im Widerspruche zu den Grundsätzen einer konstitutionellen Regierung befinde.

Bukarest, 7. Mai. Aus dem Chaos der sich widersprechenden Nachrichten ist es schwer, sich einen richtigen Begriff über die neulich stattgehabten Judenexesse in Bakau zu machen. Jedenfalls sind aber die Aussagen der Oppositionsblätter, deren Prinzip es ist, die gegenwärtige Regierung durch alle erdenklichen Mittel im Auslande zu mißkreditiren, ebenso übertrieben, als andererseits die Angaben der Regierungsorgane unrichtig und optimistisch gefärbt. Da nun der Berichterstatter Gelegenheit hatte, in Schriftstücke von zweifelloser Glaubwürdigkeit Einsicht zu nehmen, so wird er hiermit einen Auszug aus denselben mittheilen, um die von beiden Seiten übertrieben und unrichtig dargestellte Sachlage aufzuklären. Mehrere jüdische Kaufleute, unter Andern auch ein gewisser Fockschauer, welcher rumänischer Unterthan ist und mit zwei Christen bei diesem Geschäfte in Kompagnie steht, hatten die Spiritusaccise für den Bakauer Distrikt auf drei Jahre vom 1. Januar 1868 ab für 4200 Dukaten gepachtet und hat genannter Fockschauer dafür 2000 Dukaten Kaution und eine vierteljährliche Pränumerandozahlung erlegen müssen. Vor circa 5 Wochen erhielt nun der gedachte Fockschauer von dem berüchtigten Bakauer Präfekten Lecca ein Schriftstück zugestellt, worin ihm verboten wurde, jüdische Kontroleure auf die Dörfer Bezugs des Spiritustarifs zu schicken. Diese widerrechtliche Gewaltmaßregel zielt offenbar auf eine Uebervortheilung der Entrepreneure zu eignen Gunsten hin. Ferner hatten, wie das gewöhnlich zu geschehen pflegt, die Juden während ihrer Ostern christliche Leute für guten Lohn zu häuslichen Arbeiten bedungen, was aber dieses Mal von der Bakauer Polizei untersagt wurde, die sogar die Zuwiderhandelnden einige Tage festsetzen ließ. Da nun in Folge des ersten Verbots die jüdische Kontroleure sich mit Weib und Kind vom Lande in die Stadt begaben, um sich daselbst gegen diese Ungerechtigkeit zu beklagen, wurden sie von dem aufgehetzten Pöbel bedroht und insultirt, wobei Fensterscheiben eingeworfen und anderer Unfug verübt wurde. Es ist wunderbar genug, daß es nicht noch zu größern Exzessen gekommen ist, weil doch das ganze Manöver von der Ortsbehörde selbst angeregt und patronirt wurde. Dieses beweist, daß der Haß gegen die Juden und überhaupt gegen alle Fremden nicht im Volke selbst zu suchen ist, das seine Harmlosigkeit und seinen sanftmüthigen Charakter nie verleugnet, sondern in seinen gegenwärtigen neuerungssüchtigen Führern, die es irreleiten. Daß selbst das Ministerium Bratiano diese Umtriebe wenigstens indirekt verschuldet, zeigen die von seinen eigenen politischen Freunden eingebrachten Petitionen, längst verrottete, barbarische Judenunterdrückungsgesetze wieder in Kraft treten zu lassen; das famose Judenprojekt der 31, die Judenausweisungen des Vorjahres u. s. w. Es läßt sich darin die Absicht des Ministers Bratiano nicht verkennen, sich durch die Ausrottung der Juden und womöglich aller Fremden namentlich in der Moldau populär zu machen. Wie wenig aber die Moldauer mit dieser perversen Maxime einverstanden sind, ist dem Minister des Innern jüngster Tage wohl klar geworden, wo er von der unwilligen Bevölkerung bei seiner Durchreise in Bakau mit Insulten aller Art überhäuft wurde. Der einsichtsvollere Theil des Volkes ist dieser ewigen Vexationen nun gerade schon müde, die das Land in den Augen Europas kompromittiren und seine Bewohner als Halbbarbaren erscheinen lassen. Alle wahren Patrioten wünschen daher von ganzer Seele, daß unsere Zustände bald wieder eine bessere Wendung nehmen mögen, und sie hoffen, daß dies auch sicherlich geschehen werde, da unserm Lande durch die Thronbesteigung des allgemein im Volke geliebten Fürsten Karl so viele Garantieen für eine gedeihliche und bessere Zukunft geboten sind. Und wie wohl das Volk die guten Absichten des Fürsten von den bedauerlichen Mißgriffen und Halbmaßregeln des Ministeriums zu trennen weiß und wie sehr es seinen mildthätigen und hochgebildeten Fürsten schätzt und achtet, haben die unzweideutigen Ovationen bewiesen, welche ihm bei seiner jüngsten Reise durch die Moldau überall dargebracht wurden.

Belgrad, 15. Mai. Rußland hat offiziell notifizirt, daß es sich aller traktatmäßigen Rechte begeben und seine in Serbien wohnhaften Unterthanen der Gerichtsbarkeit und den Gesetzen Serbiens unterwerfe.

Bombay, 24. April. Neuere Nachrichten bestätigen, daß in der großen Schlacht bei Girisk der Sohn und Bruder des regierenden Amir von Jakub Khan gefangen genommen wurden. Der Amir selbst war aus Kandahar entflohen. Jakub Khan hatte Kandahar noch nicht erobert, wie frühere Mittheilungen wissen wollten, befand sich jedoch nur wenige Meilen von der Stadt entfernt.

Pommern.

Stettin, 16. Mai. Der Brand auf der Oberwiek wüthet noch immer, hauptsächlich auf dem Stahlberg'schen Grundstück, fort und ist die Feuerwehr dort fast vollzählig wieder in Wirksamkeit. Während der Nacht und im Laufe des heutigen Vormittages fanden noch mehrfache Explosionen von Spiritusfässern statt, ohne indessen die Gefahr zu vergrößern. Letztere ist allerdings auch in diesem Augenblicke noch keineswegs vollständig beseitigt. Die Ankunft des im Bade befindlichen Herrn Stahlberg hierselbst wird heute erwartet. — Was das Schicksal der Verunglückten betrifft, so erfahren wir, daß der Oberlehrer Müller sowie der schwer beschädigte Oberfeuermann Schewe noch am Leben sind, daß auch die Hoffnung vorliegen soll, Beide am Leben zu erhalten. Ebenso befindet sich Hr. Stadtrath Bock, den Umständen nach, wohl und ist Hoffnung zu seiner Wiederherstellung vorhanden. Die leichter Beschädigten, zu denen namentlich auch Herr Polizeidirektor v. Warnstedt gehört, befinden sich in entschiedener Besserung. — Heute Vormittag sind in der Oder die Leichen des Kahnschiffers Hache und der Ehefrau des Steuermanns Dehms gefunden und nach dem Krankenhause geschafft; ebenso sollen auf einer Brandstelle zwei männliche Leichen gefunden sein, welche muthmaßlich diejenigen des Kahnschiffers Kerwisch und seines Schwagers, des Steuermanns Dehms sind, welche, wie man annimmt, in dem von ihnen bewohnten Hause verbrannt sein sollen.

— Der von Breslau nach Kreuz gehende Güterzug mit 142 Achsen und zwei Maschinen ist in Folge Reifensprunges zwischen Dratzig und Miala bei Bude 81 aus den Schienen gegangen. Die eine Maschine liegt im Graben, die andere sowie sämmtliche Güterwagen sind auf dem Schienengeleise geblieben, aber über einander geschoben. Ein Schmierer todt, drei schwer verwundet. Der Güterverkehr ist dadurch einstweilen unterbrochen, und werden Güter über Kreuz hinaus nicht angenommen.

— Am Freitag den 21. d. M. wird der Central-Güterbahnhof an der Parnitz vollständig dem Verkehr übergeben werden.

— Dem Gymnasial-Lehrer Vollhering zu Cöslin ist die Befähigung zur Leitung des Turnunterrichts an öffentlichen Unterrichts-Anstalten zuerkannt.

— Der Kreisrichter Teuscher zu Neustettin ist zum Staats-Anwalte ernannt und demselben das Amt des Staats-Anwalts bei den Königlichen Kreisgerichten in Neustettin und Dramburg, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Neustettin übertragen worden. Der Gerichts-Assessor Deves in Bublitz ist mit der Verwaltung einer Richterstelle bei den Königlichen Kreisgerichts-Kommissionen in Rummelsburg und der Gerichts-Assessor Isert in Angermünde mit der Verwaltung der Richterstelle bei der Königlichen Kreisgerichts-Kommission in Polzin beauftragt worden.

— Nach dem „Militär-Wochenblatt" sind: Crelinger und Ilberg, Unteroff. vom Gren.-Regt. König Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2, Hintze, Unteroff. vom 4. pomm. Inf.-Regt. Nr. 21, Zenke, Unteroff. vom 5. pomm. Inf.-Regt. Nr. 42, Birnbaum, Unteroff. vom pomm. Füs.-Regt. Nr. 34 zu Port.-Fähnrs., befördert; v. Zabeltitz, Sek.-Lt. vom neumärk. Drag.-Regt. Nr. 3, ist à la suite des Regts. gestellt; v. Manteuffel, Sek.-Lt. à la suite desselben Regts. in das westphäl. Drag.-Regt. Nr. 7 einrangirt; Prescher, Hauptm. u. Komp.-Chef im 8. rhein. Inf.-Regt. Nr. 70, unter Beförderung zum Maj., in das 7. pomm. Inf.-Regt. Nr. 54 versetzt; Timm II., Sek.-Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Inowraclaw) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 43, im stehenden Heere, und zwar als Sek.-Lt. im westph. Füs.-Regt. Nr. 37, angestellt; v. Schon, Maj. aggr. dem Gren.-Regt. König Friedr. Wilh. IV. (1. pomm.) Nr. 2 in das hess. Füs.-Regt. Nr. 80 einrangirt; Bräulich, Pr.-Lieut. von der Inf. des Res.-Landw.-Bats. Stettin Nr. 34, zum interim. Komp.-Führer ernannt; v. Rentzell, Ob.-Lt. vom 7. pomm. Inf.-Regt. Nr. 54, mit Pens. und der Unif. des Garde-Schützen-Bats., Bar. v. Sobeck, Pr.-Lieut. vom 2. pomm. Ul.-Rgt. Nr. 9, als Rittm. mit der Armee-Unif. der Abschied bewilligt; v. Tiedewitz, Ob.-Lt. z. Disp., zuletzt Maj. im 6. pomm. Inf.-Regt. Nr. 49, die Genehmigung zum Tragen der Unif. dieses Regts. ertheilt; v. Eickstedt, Sek.-Lieut. von der Kav. 1. Bats. (Anklam) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2, Denzer, Sek.-Lt. vom Train 2. Bats. (Bromberg) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 54, diesem als Pr.-Lt. mit seiner bish. Unif. der Abschied bewilligt.

Stargard, 15. Mai. Vorgestern wurde das dem Gutsbesitzer Karl Kock zugehörige Gut Seegut, ein Theil des Ritterguts Nörenberg A., gerichtlich taxirt auf 16,467 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf., subhastirt. Meistbieter blieb Herr Kaufmann Ziemssen aus Stettin mit ca. 17,500 Thlr.; 20,000 Thlr. Hypothekenschulden sollen ausgefallen sein.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 15. Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Hermann (SD), Klock von Riga. 1 Schiff im Ansegeln. Wind: NO. Strom ausgehend. Revier $14\frac{1}{2}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Mai. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur + 20 ° R. Wind: SW.

Weizen matt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 89—97 Rt., ungarischer 84–91 Rt., bunter 88–94 Rt., weißer 95–102 Rt., per 83—85pfd. Mai-Juni $93\frac{1}{4}$, 93, $92\frac{1}{2}$, 92 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli $90\frac{1}{2}$ Rt. Br., Sept.-Okt. 78 Rt. nom.

Roggen flau, pr. 2000 Pfd. loco 59—62 Rt., schwerer 62—65 Rt., per Mai $61\frac{1}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni $61\frac{1}{2}$, $60\frac{1}{2}$, $59\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $60\frac{3}{4}$, 60, 59 Rt. bez. u. Br., Juli-August 57 Rt. bez. u. Gd., September-Oktober 55 Rt. Br.

Gerste matt, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische u. ungarische $48\frac{1}{2}$—$49\frac{1}{2}$ Rt.

Hafer stille, per 1300 Pfd. loco 35—$36\frac{1}{2}$ Rt.

Erbsen flau Futter- 60—65 Rt.

Rüböl stille, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., pr. Mai $9\frac{11}{12}$ Rt. bez., 10 Br., Septbr.-Oktober $10\frac{1}{12}$ Rt. Br. u. Gd., Oktober-November $10\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß 19 Rt. bez., Mai-Juni $18\frac{7}{12}$ Rt. bez., Juni-Juli $18\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August $18\frac{7}{8}$, 19 Rt. bez., Aug.-Sept. $19\frac{1}{4}$ Rt. Br., $18\frac{7}{8}$ Gd., Septbr.-Oktober $18\frac{1}{4}$ Rt. Gd.

Angemeldet: 100 Wspl. Hafer, 500 Ctr. Rüböl, 50,000 Quart Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 93, Roggen $61\frac{1}{4}$, Hafer 36, Rüböl $9\frac{11}{12}$, Spiritus $18\frac{7}{12}$.

Landmarkt.

Weizen 96—102 Rt., Roggen 60—67 Rt., Gerste 49—51 Rt., Hafer 35–37 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 60—67 Rt. pr. 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr., Stroh pr. Schock 7–8 Rt.

Berlin, 16. Mai, 2 Uhr 3 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $84\frac{1}{8}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $95\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien $93\frac{3}{4}$ bez. Oesterr. National-Anleihe $54\frac{3}{8}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $85\frac{1}{2}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $186\frac{1}{2}$ bez. Wien 2 Mt. $86\frac{5}{8}$ bez. London 3 Mt. 6. $23\frac{3}{4}$ bez. Paris 2 Mt. $81\frac{1}{12}$ bez. Hamburg 2 Mt. $150\frac{7}{8}$ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien $73\frac{3}{4}$ bez. Oesterr. Banknoten $87\frac{7}{16}$ bez. Russ. Banknoten $83\frac{5}{8}$ bez. Amerikaner 6 % $76\frac{5}{8}$ bez.

Weizen pr. Mai 83, 84 bez., Roggen pr. Mai 60, 59 bez., Mai-Juni 60, 59 bez., Juni-Juli 59 bez., $58\frac{3}{4}$ Br., Rüböl loco $10\frac{1}{6}$ Br., Mai-Juni $10\frac{1}{6}$ Br. u. bez., Sept.-Oktober $10\frac{1}{6}$ bez., Spiritus loco $18\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni $18\frac{1}{2}$, $\frac{1}{6}$ bez., Juni-Juli $18\frac{1}{2}$ bez., $18\frac{1}{4}$ Br., Juli-August $18\frac{2}{3}$, $\frac{5}{12}$ bez.

Breslau, 15. Mai. Spiritus per 8000 Prozent Tr. $18\frac{1}{12}$. Roggen per Mai $61\frac{1}{4}$, per Mai-Juni $59\frac{3}{4}$. Rüböl pr. Mai-Juni $9\frac{2}{3}$, do. pr. Herbst $9\frac{7}{8}$.

Hamburg, 15. Mai. Getreidemarkt. Späte Weizentermine stark weichend. Roggentermine sehr flau. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 169 Bankothaler Br., 168 Gd., pr. Mai-Juni $162\frac{1}{2}$ Br., 162 Gd., pr. Juli-August 149 Br. u. Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto $118\frac{1}{2}$ Br., $117\frac{1}{2}$ Gd., per Mai-Juni 113 Br., 112 Gd., per Juli-August 102 Br. u. Gd. Hafer stille. Rüböl unverändert, loco $21\frac{3}{4}$, per Mai $21\frac{3}{4}$, per Oktober $22\frac{5}{8}$. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee ruhig. Zink lebhaft, verkauft 2000 Ctr. loco à 13 Mk. $8\frac{1}{2}$. Sch., 8000 Ctr. Juni-Juli à 13 Mk. 9 Sch., 2000 Ctr. Juli-August à 13 Mk. 10 Sch. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 15. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen sehr flau, per Mai 233, per Juni 215, per Juli 212. Raps per Oktober 64. Rüböl per Nov.-Dez. 34.

London, 15. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 16,070, Gerste 2950, Hafer 11,010 Quarters.

Sehr schwacher Marktbesuch. Englischer Weizen knapp, ungefähr zu Montagspreisen verkauft, fremder ganz geschäftslos. Preise nominell, unverändert. Gerste ruhig. Hafer eher theurer. Mehl vernachlässigt. — Sehr schönes Wetter.